NWVS
Nutzwasserverein Steimel

NWVS z.Hd. Christoph Glaß Hintersteimel 53 51766 Engelskirchen

z.Hd. Christoph Glaß
Hintersteimel 53
51766 Engelskirchen
02263/2697
Raiffeisenbank
Overath-Rösrath
Kto: 200 119 010
BLZ: 370 695 82

21.09.2006

Presseerklärung des NWVS zur Fachausschusssitzung vom 20.09.2006

In skandalöser Weise hat die Verwaltungsspitze wieder deutlich gemacht, wer in der Gemeinde eigentlich die Entscheidungen trifft.

I.

Eigentlich begann der öffentliche Teil der Sitzung, in deren nichtöffentlichem Teil Ingenieurleistungen für Kanalbaumaßnahmen in Höhe von insgesamt rund 238.000,00 €vergeben werden sollten, recht erfreulich. Insbesondere die Fraktionen der Grünen und der SPD beantragten, wenigstens die Grundlagen der Vergabe und die Beratung über die nichtöffentlich zu vergebenden Aufträge öffentlich zu machen. Das wurde auch so beschlossen. Außerdem wurde beschlossen, am 28.09.2006 eine Sondersitzung des Fachausschusses einzuberufen, zu dem auch Fachleute zum Thema Schmutzwasser und Niederschlagswasser eingeladen werden sollen.

Daran schloss sich die Bürgerfragestunde an, in der erfreulicher Weise den Bürgern seitens des Vorsitzenden mit ungewöhnlich großer Geduld begegnet wurde. Beim Vorsitzenden Herrn Sauermann bedankt sich der NWVS dafür ausdrücklich.

Die Inhalte der Bürgerfragestunde waren allerdings nicht nur ernüchternd, sondern erschreckend.

Nach Eingangsbemerkungen zur Haftung der Beteiligten gegenüber Gemeinde und auch den Bürgern von Herrn Rechtsanwalt Bock stellte sich heraus, dass sogar weder die Verwaltung noch der Ausschussvorsitzende beantworten konnte, welche Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) denn gerade Geltung hat, geschweige denn was dort im einzelnen geregelt ist. Wenn man dabei bedenkt, dass das ABK die Grundlage für die teuren Kanalisierungsmaßnahmen ist, fragt man sich schon, wie man davon ausgehen könnte, dass bei den Ratsmitgliedern kein Informationsbedarf mehr besteht, bevor vermeidbare Ausgaben in Millionenhöhe beschlossen werden.

Danach versuchte der Nutzwasserverein, eine Fraktion zu finden, die das Rückgrat hat, für die gemeinwohlverträgliche, vernünftige, kostensparende und dem Bürgerwillen entsprechende Lösung im letzten

Moment tätig zu werden und in einer einzuberufenden Sondersitzung dafür zu sorgen, dass gegen den Widerspruchsbescheid doch noch Klage zum Verwaltungsgericht eingelegt werde. Der NWVS bot dazu seine tatkräftige Unterstützung und auch das juristische Know-how an.
Mit offenem Mund lauschten dann sowohl die Bürger als auch die Ausschussmitglieder dem Beigeordneten Moll, der in einem Nebensatz erwähnte, der Bürgermeister habe „in Abstimmung mit den Aufsichtsbehörden" und nicht etwa in Abstimmung mit dem Gemeinderat Rechtsmittelverzicht erklärt. Damit ist die beabsichtigte Klage nicht mehr zulässig. „Das ist wirklich ein starkes Stück", wetterte Rechtsanwalt Bock aus Köln, „wenn das so abgelaufen ist, dann hat der Bürgermeister offenbar vorsätzlich mit seiner eigenmächtigen Entscheidung dem Rat die Möglichkeit abgeschnitten, sich noch innerhalb der Klagefrist eines besseren zu besinnen und zu beschließen, dass Klage erhoben werden soll. Aufgabe des Bürgermeisters ist es, Ratsbeschlüsse auszuführen, und nicht, ihm nicht genehme Beschlüsse zu verhindern." Offenbar war auch der Rat bisher nicht vom Bürgermeister informiert worden.

Später übergab Rechtsanwalt Bock noch weitere Anträge der Bürger, die der Verwaltung die Nutzung des Regenwassers als Brauchwasser anzeigen. Damit liegen der Verwaltung jetzt für 74 Grundstücke entsprechende Anzeigen vor. Aus jetziger Sicht würden sich an einen etwaigen Regenwasserkanal keine Bürger anschließen lassen, so dass der Regenwasserkanal im wahrsten Sinne des Wortes leer liefe.

Zu den weiteren, teilweise sehr erregten Fragen der Bürger blieb die Verwaltung viele Antworten schuldig. „Das werde ich Ihnen nicht beantworten", äußerte der Beigeordnete Moll mehrfach, „da sind wir halt unterschiedlicher Auffassung".
Im weiteren Verlauf ließ der Beigeordnete Moll auch noch eine weitere Katze aus dem Sack, als er die ohnehin spärliche Informationsarbeit der Gemeindeverwaltung als „unnötiges Herumgeturne, das tausende € gekostet hat" bezeichnete. Die Floskel einer „bürgernahen Verwaltung" blieb da so manchem im Halse stecken.

Entgegen dem gefassten Beschluss wurde dann später doch nicht im öffentlichen Teil der Sitzung über die Grundlagen und Einzelheiten der nichtöffentlich zu vergebenden Aufträge gesprochen. Der Ausschussvorsitzende würgte entsprechend empörte Äußerungen insbesondere der Grünen und der UWG mit formalen Hinweisen auf die Geschäftsordnung ab und beendete den öffentlichen Teil der Sitzung.

Einige Bürger blieben nun wie gelähmt auf ihren Plätzen sitzen und beobachteten gebannt das Schauspiel, das ihre Volksvertreter auf der Bühne gaben. Der Beigeordnete Moll drohte sodann, von seinem Hausrecht Gebrauch machen zu wollen und die Polizei zu rufen. „In zwanzig Minuten ist das hier alles vorbei", meinte er. Erst ein Hinweis auf die Wirkung einer solchen Maßnahme in der Öffentlichkeit hielt ihn davon ab, der Ausschuss zog sich zum nichtöffentlichen Teil in das Büro des Beigeordneten hinter im wahrsten Sinne verschlossene Türen zurück. Herr Moll verwehrte dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen zunächst den Zutritt: „Du nicht!". Zwei Fraktionsmitglieder der SPD mussten vor der mittlerweile abgeschlossenen Bürotür ebenfalls warten, bis auch ihnen Zutritt gewährt wurde.

Im nichtöffentlichen Teil wurden sodann die Planungsaufträge für den Schmutzwasserkanal beschlossen, nur die Vergabe hinsichtlich der Niederschlagswasserkanäle, bei denen zu hoffen bleibt, dass sie nicht gebaut werden, wurde nicht beschlossen.

II.

Bis zuletzt hatte der NWVS dafür gekämpft, dass wir auf "dem Berg" dezentral entwässern dürfen. Die Verwaltung hat es aber geschafft, die Politik mit wüsten Regressandrohungen für Fördermittel, die wir für unsere Lösung gar nicht gebraucht hätten, davon zu überzeugen, dass ein Kanal gebaut werden soll. **Für den müssen jetzt alle Engelskirchner mitbezahlen!**

Gern hätten wir in Eigenverantwortung Lösungen gesucht und damit nicht die Allgemeinheit belastet. Von Seiten der Bezirksregierung wird uns jedoch eine "subjektive Sichtweise" der Dinge vorgeworfen, so steht es in der Widerspruchsbegründung, die von der Verwaltung gern zitiert wird.

Die Vergabe der Ingenieursleistungen für den Regenwasserkanal konnte in der Betriebsausschusssitzung vom 20.09.2006 noch verhindert werden. Es bleibt zu hoffen, dass ökologisch und ökonomisch vernünftige Lösungen wenigstens für das Regenwasser gefunden werden. Am nächsten Donnerstag, 28.09.2006, 18.00 Uhr wird dazu eine Sondersitzung des Betriebsausschusses stattfinden, in der auch unser Experte vom 3. Infotag, Herr Dr. Kaiser referieren wird.

Obwohl die Ingenieurleistung für den Schmutzwasserkanal vergeben sind, wird am 28.09.2006 ebenfalls jemand aus der Gemeinde Welver da sein, der über dezentrale Anlagen im Innenbereich referiert. Ob eine Beratung über dezentrale Lösungen nach der Entscheidung zum Kanal sinnvoll ist, wagen wir zu bezweifeln. Das zeigt wiederum anschaulich, wie mit öffentlichen Geldern umgegangen wird.